

N i e d e r s c h r i f t

der 15. Tagung des Stadtrates am 26.10.2005

ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 14:05 Uhr bis 17:40 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	anwesend bis 15:50 Uhr
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS	
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS	
Frau Elisabeth Nagel	Die Linkspartei. PDS	
Herr Erhard Preuk	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Herr Rudenz Schramm	Die Linkspartei. PDS	
Frau Dr. Petra Sitte	Die Linkspartei. PDS	anwesend ab 16:45 Uhr
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Manfred Schuster	WG VS 90	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Prof. Ludwig Ehrlert	MitBürger	
Frau Dr. Gesine Haerting	GRÜNE	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE	
Herr Joachim Knauerhase	WIR. FÜR HALLE	
Frau Dr. Eva Mahn	MitBürger	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dietmar Wehrich	GRÜNE	anwesend ab 14:30 Uhr
Herr Mathias Weiland	GRÜNE	
Frau Andrea Machleid	NPD	
Herr Eberhard Doege	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Frau Dagmar Szabados	Bgm	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Frank Sängler	CDU
Herr Friedemann Scholze	FDP
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG

zu **Einwohnerfragestunde**

Wortprotokoll:

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald **B a r t l**.

Frau **Winkler** nahm Bezug auf das unter TOP 5.2 zu beschließende Festprogramm zur 1200-Jahr-Feier der Stadt. Dem Festkalender habe sie entnehmen können, dass im Juni 2006 wieder die Turn-Table-Days stattfinden werden. Sie wohne im Paulusviertel und habe sich sehr darüber geärgert, mit welcher Penetranz und Lautstärke diese Veranstaltung durchgeführt werde. Ihr leuchte nicht ein, was die Stadt Halle davon habe, dieses große Festgelände vier Tage lang einem geringen Teil von Jugendlichen zur Verfügung zu stellen und für die restliche Bürgerschaft zu sperren. Sie rege an, diese Veranstaltung künftig eher in Richtung Ferropolis zu verlegen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Feststellung, dass dies eine Veranstaltung gewesen sei, die zu einer ziemlichen Belästigung eines großen Teils der halleischen Bevölkerung geführt habe, sei richtig. Dies sei auch ausgewertet worden. Die Auffassung, die Peißnitz nicht für drei oder vier Tage für eine besondere Zielgruppe zur Verfügung zu stellen, teile sie nicht. Es gäbe viele Veranstaltungen in der Stadt, die sich an besondere Zielgruppen richteten. Und es sei immer so, dass die Zielgruppe, die sich nicht angesprochen fühle, auch keinen Spaß an einer solchen Veranstaltung habe. Es sei ein Angebot eines Senders des MDR gewesen, etwas für junge Leute zu machen. Diese Veranstaltung habe bereits in den vergangenen zwei Jahren stattgefunden, ohne dass es zu einer solchen Lärmbelästigung gekommen sei. In der Auswertung des diesjährigen Festivals sei vor allem die verwendete Technik und ihr Einsatz untersucht worden. Die Lärmbelästigungen seien jedoch auch stark von der Windrichtung abhängig. Sie hoffe, dass im kommenden Jahr die technische Ausrüstung besser gelinge und es nicht zu diesem Ausmaß an Belästigung komme.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die 15. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn **Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Gegenwärtig seien 47 Mitglieder des Stadtrates (82%) anwesend.

Der Vorsitzende des Stadtrates begrüßte als Gast der Tagung den Bürgermeister der namibischen Stadt Lüderitz, Shimaneni, der in diesen Tagen Unternehmen der Stadtwerke sowie verschiedene Fachbereiche der Stadtverwaltung besucht, um sich über den Aufbau und die Struktur kommunaler Dienstleistungen zu informieren.

Weiterhin begrüßte er Teilnehmer am derzeit stattfindenden Planspiel Kommunalpolitik unter dem Motto „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“, das unter Federführung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, mit Jugendlichen der Kooperativen Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“ durchgeführt wird.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Herr **Bartl** gab bekannt, dass über die Aufnahme der Dringlichkeitsvorlagen

- **„Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale)**, lfd. Nr. 17
„Ortsumgehung Reideburg“ – Vorlage: IV/2005/05101
- **Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2005 zu Ziffer 3**
Vorlage: IV/2005/05343
- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen des Stadtrates zur **Zukunft der Galerie Marktschlösschen** – Vorlage: IV/2005/05351
zu entscheiden sei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** begründete die Dringlichkeit der Aufnahme der Vorlage Änderung FNP.

Weitere Anmerkungen zur Aufnahme dieser Vorlage gab es nicht.

Abstimmung Aufnahme in TO: mit mehr als Zweidrittelmehrheit z u g e s t i m m t
Vorlage IV/2005/05101

Der Tagungsleiter schlug vor, die Vorlage unter Punkt 5.8 auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte sich zur Dringlichkeit der Vorlage Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2005 zu Ziffer 3. Aus der Reihe der Fraktionsvorsitzenden sei empfohlen worden, diese Vorlage heute zu behandeln und entscheiden, um eine Sondersitzung des Stadtrates zu vermeiden.

Weitere Anmerkungen zur Aufnahme dieser Vorlage gab es nicht.

Abstimmung Aufnahme in TO: mit mehr als Zweidrittelmehrheit z u g e s t i m m t
Vorlage IV/2005/05343

Der Tagungsleiter schlug vor, die Vorlage nach TOP 5.2 - Wahl des Beigeordneten - zu behandeln.

Herr **Ei-Khalil**, CDU-Fraktion, begründete die Dringlichkeit des Antrages aller Fraktionen.

Weitere Anmerkungen zur Aufnahme dieses Antrages gab es nicht.

Abstimmung Aufnahme in TO: mit mehr als Zweidrittelmehrheit z u g e s t i m m t
Vorlage IV/2005/05351

Der Tagungsleiter schlug vor, die Vorlage unter TOP 7. 5 zu behandeln.

Herr **Bartl** verwies auf Änderungen bzw. Ergänzungen zu den TOP 5.1, 5.2 und 5.3. Zu TOP 5.1 stehe Herr Dr. Rauen zu einer kurzen Einführung und zu Anfragen zur Verfügung.
Über ein Rederecht müsse der Stadtrat entscheiden.

Abstimmung Rederecht für Herrn Dr. Rauen: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmungsergebnis Tagesordnung

einschl. Ergänzungen:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.09.2005**
4. **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 28.09.2005 gefassten Beschlüsse**
5. **Vorlagen**
 - 5.1. **Festprogramm der 1200-Jahr-Feier 2006**
Vorlage: IV/2005/05261
 - 5.2. **Wahl der/des neuen Beigeordneten des Geschäftsbereiches I - Zentraler Service -**
Vorlage: IV/2005/05204
 - o.
TOP **Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2005 zu Ziffer 3**
Vorlage: IV/2005/05343
 - 5.3. **Bericht Lokale Agenda und Gesunde Stadt Halle - Bericht bitte mitbringen!**
Vorlage: IV/2005/04825
 - 5.4. **Übernahme Sportgymnasium aus der Landsträgerschaft in die Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) zum 01.01.2007**
Vorlage: IV/2005/05085
 - 5.5. **Namensgebung des Gymnasiums Christian-Wolff/Gymnasium im Bildungszentrum in das Christian-Wolff-Gymnasium Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2005/05099
 - 5.6. **Jahresrechnung 2003 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin**
Vorlage: IV/2005/05171
 - 5.7. **Feststellung des Abschlusses der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Rumpfwirtschaftsjahr 2004**
Vorlage: IV/2005/05122

- 5.8. **Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 17
"Ortsumgehung Reideburg"**
Vorlage: IV/2005/05101
6. **Wiedervorlage**
- 6.1. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zu
Mobilfunkanlagen in Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2005/05038
7. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 7.1. **Antrag - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung des
Mitgliedes der Fraktion im Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA)**
Vorlage: IV/2005/05287
- 7.2. **Antrag - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung
eines Mitgliedes der Fraktion im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und
Beschäftigung**
Vorlage: IV/2005/05288
- 7.3. **Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Plan ÖPNV des Landes Sachsen-Anhalt
2005 - 2008/2015**
Vorlage: IV/2005/05240
- 7.4. **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE- zur
Erteilung eines Prüfauftrages zum Themenkomplex "Nutzung des bestehenden
Netzes der Bürgerbriefkästen der Stadt Halle (Saale) für Postsendungen an die
ARGE durch Bürger unserer Stadt"**
Vorlage: IV/2005/05292
- 7.5. **Dringlichkeitsantrag der Fraktionen des Stadtrates zur Zukunft der Galerie
Marktschlösschen**
Vorlage: IV/2005/05351
8. **Anfragen von Stadträten**
- 8.1. **Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Stand
der Umsetzung des Projektes "Klimaschutz macht Schule"**
Vorlage: IV/2005/05226
- 8.2. **Anfrage der Stadtratsfraktionen von CDU und NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zur
zentralen Vorverkaufskasse**
Vorlage: IV/2005/05220
- 8.3. **Anfrage der CDU-Ratsfraktion - Personalpool der Stadtverwaltung**
Vorlage: IV/2005/05295
- 8.4. **Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich des Bauzustandes der
Schulen und Kindertageseinrichtungen**
Vorlage: IV/2005/05278

- 8.5. Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich der Städtepartnerschaften der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2005/05279
- 8.6. Anfrage des Stadtrates Werner Misch - CDU - zu Rückforderungen des Bundes von Mitteln zur Kostenbeteiligung des Bundes an Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II**
Vorlage: IV/2005/05299
- 8.7. Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Parkraumsituation im Bereich Domviertel/Ulrichstraße**
Vorlage: IV/2005/05289
- 9. Mündliche Anfragen von Stadträten**
- 10. Mitteilungen**
- 10.1. Haushaltsplan für das Jahr 2006 der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii**
Vorlage: IV/2005/05293
- 11. Anträge auf Akteneinsicht**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.09.2005

Wortprotokoll:

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 14. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 28.09.2005.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Die Niederschrift der 14. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 28.09.2005 wurde in der vorliegenden Fassung g e n e h m i g t.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 28.09.2005 gefassten Beschlüsse

Wortprotokoll:

Der Vorsitzende des Stadtrates verlas den Inhalt von vier in nichtöffentlicher Beratung in der 14. Tagung am 28.09.2005 gefassten Beschlüssen.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, widersprach Tonaufnahmen.

Der Tagungsleiter bat die anwesenden Medien, dies zu beachten.

zu 5 **Vorlagen**

zu 5.1 **Festprogramm der 1200-Jahr-Feier 2006**

Vorlage: IV/2005/05261

(An Abstimmung und Diskussion nahm Herr Stadtrat Dr. Andreas Schmidt gemäß § 31 GO LSA nicht teil.)

Wortprotokoll:

Herr **Bartl** stellte fest, dass Herr Dr. Rauen noch nicht anwesend sei und schlug vor, bis zu dessen Eintreffen den TOP zu verschieben.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, merkte an, dass sich im Hauptausschuss kein Diskussionsbedarf zu dieser Vorlage gezeigt habe. Man müsse seiner Meinung nach nicht unbedingt warten, bis Herr Dr. Rauen anwesend sei, wenn ohnehin keine Diskussion gewünscht werde. Dies sollte zunächst festgestellt werden.

Abstimmung zu Vorschlag Verschiebung des TOP: *mehrheitlich a b g e l e h n t*

(In der Zwischenzeit traf Herr Dr. Rauen ein.)

Herr **Dr. Rauen**, Vorsitzender des Kuratoriums 1 200 Jahre Halle (Saale), bedankte sich für die Unterstützung durch Stadtrat und Verwaltung. Das Kuratorium sei mit dem jetzt erreichten Zustand zufrieden. Man habe in der schwierigen Finanzsituation der Stadt begrenzte Mittel zur Verfügung. Die Bemühungen um großzügige Finanzausschüsse hätten nicht allzu großen Erfolg gehabt. Umso dankbarer sei darauf hinzuweisen, dass die Stadt von Dow Chemical eine Spende von 500 T€ erhalten habe.

Er appellierte an die Bürger der Stadt, die Baumpflanzaktion auf der Silberhöhe zu unterstützen.

Das Veranstaltungsprogramm selbst werde dazu beitragen, dass noch mehr Menschen an Veranstaltungen der Stadt teilnehmen, werde auch außerhalb der Stadt Aufmerksamkeit erreichen.

Er bat die Stadträte, die Bürger zum Mittag anzuregen; das sei das Wichtigste, was man mit dem Jubiläum erreichen wolle.

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, stellte den **Antrag**, die ***Turn-Table-Days in Halle nicht stattfinden zu lassen und die Veranstaltung aus dem Festkalender zu streichen.***

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** bat zu berücksichtigen, dass die Finanzierung dieser Veranstaltung nicht allein vom Kuratorium bestimmt werde. Dieses Festival werde seit drei Jahren in Halle veranstaltet. Man sollte abwägen, ob man einen solchen Schritt tun wolle. Sie verweise darauf, dass das Festprogramm durch die Ausschüsse gegangen und dort diskutiert worden sei.

Frau **Prof. Vent**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, riet, nach einem Alternativstandort für diese Veranstaltung zu suchen.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, meinte, es habe die Diskussion um den Lärm auf der Peißnitz gegeben. Wenn es soweit gehe, dass der Lärm geschützt werden solle und deshalb in dieser Gegend keine Wohnungen gebaut werden sollen – diese Diskussion sei geführt worden -, dann finde sie dies schon sehr problematisch.

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, meinte, es sei nicht richtig, dass die Kritik heute – mit dem Auftreten einer Bewohnerin von Halle vor dem Stadtrat - zum ersten Mal auftauche. Es gebe die Kritik an den Turn Table Days, seitdem sie in der Stadt Halle stattfänden. Man sollte darauf nachdenken, ob ausgerechnet zu Pfingsten mitten in der Stadt eine derartige Veranstaltung stattfinden sollte. Zu diesem Zeitpunkt fänden auch viele Familienfeiern statt, zu denen viele Leute auch von außerhalb nach Halle kämen und gerade da sei dies nicht die beste Werbung für die Stadt.

Herr **Weihrich**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, erklärte, er halte es nicht für zulässig, über die Sinnfälligkeit der Veranstaltung an sich zu diskutieren. Er beantrage den **Abbruch der Diskussion**.

Herr **Bartl** stellte fest, dass Vertreter der Fraktionen von SPD und Die Linkspartei. PDS noch nicht zum Thema gesprochen hätten.

Herr **Dr. Meerheim**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, äußerte, er finde es problematisch, dass diese Diskussion hier aufgemacht werde. Die Vorlage sei in mehreren Ausschüssen gewesen. Heute komme man mit einem – sicherlich nicht ganz unwichtigen – Anliegen. Man sollte, bevor man eine Entscheidung treffe, etwas zu verbieten, wenigstens mit den Veranstaltern zu sprechen und alle Seiten hören, um nach einer Lösung zu suchen.

Weitere Wortmeldungen zum Antrag gab es nicht.

Abstimmung des GO-Antrages

Abbruch der Diskussion: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmung Antrag Stadtrat Kupke:

mehrheitlich a b g e l e h n t

Herr **Weihrich** wies darauf hin, dass er in dem Festkalender Veranstaltungen vermisse, die die Stadt gemeinsam mit Vertretern der Partnerstädte durchführe.

Herr **Dr. Rau** antwortete, derartige Veranstaltungen fänden statt, seien auch in den Kalender aufgenommen worden. Es sei jedoch nicht an allen Stellen in dieser verkürzten Fassung des Festkalenders erkennbar gemacht worden, dass bei diesen Veranstaltungen die Partnerstädte beteiligt seien. In die endgültige Fassung werde dies in voller Ausführlichkeit aufgenommen.

Weitere Anmerkungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Programmrahmen der Stadt Halle (Saale) zu ihrer 1200-Jahr-Feier.
 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, für die Herausgabe eines gedruckten Veranstaltungskalenders zum Beginn des Festjahres Sorge zu tragen.
-

**zu 5.2 Wahl der/des neuen Beigeordneten des Geschäftsbereiches I -
Zentraler Service**
Vorlage: IV/2005/05204

Wortprotokoll:

Herr **Bartl** stellte erneut die Anwesenheit im Stadtrat fest: Gegenwärtig seien 53 Stadträte anwesend.

Zum Wahlverfahren gab er bekannt, gewählt sei der Bewerber, der die Mehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Stadtrates auf sich vereinen könne. Die Ausgabe der Stimmzettel werde nach namentlichem Aufruf erfolgen; es werde geheim gewählt.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, bat im Namen seiner Fraktion um eine Auszeit.

Der Stadtrat nahm eine **A u s z e i t**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erläuterte Herr **Bartl** den Stimmzettel und fragte, ob es noch weitere Personenvorschläge gäbe.

Es gingen keine Vorschläge ein. Die Stimmzettel wurden ausgegeben und die geheime Wahl durchgeführt.

Der Stadtrat machte eine **P a u s e**.

Der Vorsitzende des Stadtrates gab das Wahlergebnis für die Wahl des Beigeordneten für Zentralen Service bekannt:

Von 53 abgegebenen Stimmen seien 39 Ja-Stimmen auf Herrn Egbert Geier entfallen. Damit sei Herr Geier gewählt.

Abstimmungsergebnis: mit 39 Ja-Stimmen g e w ä h l t

(in geheimer Wahl)

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Herrn Egbert G e i e r zum Beigeordneten des Geschäftsbereiches I, Zentraler Service.

Auf die entsprechende Frage des Vorsitzenden des Stadtrates, erklärte Herr **Geier**, dass er die Wahl annähme.

**zu Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale)
für das Haushaltsjahr 2005 zu Ziffer 3**
Vorlage: IV/2005/05343

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** führte aus, seitens des Landesverwaltungsamtes gäbe es noch Wünsche, den Beschluss des Stadtrates zur Haushaltssatzung 2005 vom 28.09.2005 an bestimmten Stellen zu konkretisieren. Dazu habe es einen Abänderungsvorschlag gegeben, der nunmehr in einen Beschlussvorschlag umgewandelt und dem Landesverwaltungsamt zur Abstimmung vorgelegt worden sei. Heute Mittag habe es dazu eine Rückäußerung gegeben und es müsste noch eine Änderung vorgenommen werden. Im letzten Satz des Beschlussvorschlages solle es heißen: Nach Befassung der zuständigen Gremien sind die (*einst: Vorschläge*) **umzusetzenden Maßnahmen** dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Außerdem habe es eine Änderung in dem Maßnahmenblatt (Position 6) gegeben. Sollte der Stadtrat dem Beschlussvorschlag heute zustimmen können, wäre in der kommenden Woche damit zu rechnen, zu einer Haushaltsgenehmigung zu kommen. Das sei eine wichtige Voraussetzung für die Aufstellung des Haushaltes 2006.

Herr **Dr. Meerheim**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, erklärte, er finde den Vorgang, wie er sich seit der ersten Beschlussfassung zum Haushalt 2005 abgespielt habe, richtig spannend. Was zuletzt in Form der Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes dem Stadtrat schriftlich vorgelegt worden sei, sei eigentlich eine Erpressung. Das erste Mal nähme sich eine Landesbehörde heraus, einer Stadt zu sagen, was sie zu veräußern habe, also Eingriffe in Eigentumsrechte. Der Stadtrat habe in seinem ersten Beschluss zum Haushalt 2005 nicht ohne Grund festgelegt, dass bei bestimmte Unternehmen, die eventuell veräußert werden sollen, geprüft werden soll, ob daraus ein wirtschaftlicher Vorteil oder ein Nachteil für die Stadt erwachsen könne. Dazu gehörten z.B. auch die beiden Unternehmen, die heute in dem Maßnahmenpapier unter Punkt 6 mit aufgeführt seien. Jeder, der die Entwicklung der Stadtwerke kenne, wisse, dass ein nicht unbedeutender Anteil der Ausschüttungen, die dieses Unternehmen im Rahmen der VVV an die HAVAG weiter geht, um so den Verlustausgleich zu minimieren, aus diesen beiden Unternehmen komme. Wenn diese jetzt verkauft werden, müssten die Leistungen der verbliebenen Töchterunternehmen der Stadtwerke um die dann wegfallende Summe erhöht werden, um den Ersatz zu schaffen, den die Stadt jetzt schon in ihre mittelfristige Finanzplanung aufgenommen habe als Ersatzleistung für die Zuschüsse an die HAVAG. Der Beschluss, den der Stadtrat in diesem Punkt 6 gefasst habe, sei grundvernünftig. Seine Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** wandte ein, der Brief des Landesverwaltungsamtes liege dem Stadtrat vor. Darin stehe, dass es sich um Vorschläge handle. Diesen Vorschlägen könne sich die Stadt anschließen oder auch nicht. Dass der Stadt gezwungen werde, etwas ganz Bestimmtes zu tun, treffe nicht zu. Es gehe nicht darum, was die Stadt in dieses Maßnahmenblatt hineinschreibe, aber es müsse ausreichend sein, um die Altdefizite abzulösen und müsse konkret genug sein, damit jedes Jahr kontrolliert werden könne, welche Schritte die Stadt unternehme, um tatsächlich diesen Verkauf zu tätigen. Sie habe versucht, die angesprochene wirtschaftsstrategische Diskussion zu führen. Diese werde jedoch nicht akzeptiert mit dem Hinweis, dass die Stadt nicht in der Situation sei, eine solche Diskussion führen zu können, bevor nicht die Rechtmäßigkeit des Haushaltes wieder hergestellt sei. Die Stadt sei am kürzeren Ende der Fahnenstange.

Herr **Prof. Schuh**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, äußerte, an den Vorschlägen, die die Stadt gemacht habe, sei durch das Landesverwaltungsamt kleinkrämerisch an der Formulierung des Beschlusses herumgedoktert worden; das sei seiner Ansicht nach grotesk. Im Übrigen könne der Stadtrat jederzeit diesen Beschluss wieder aufheben, wenn der Haushalt genehmigt ist.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, stellte fest, aus den bisherigen Beiträgen sei jede Menge Frust herauszuhören. Seine Fraktion habe diesen Frust selbstverständlich auch. Aber man sei auch der Meinung, dass man tatsächlich am kürzeren Hebel sitze und dass hier eine Rechtsposition mit einer Nulltoleranz ausgespielt werde. Die Stadt Halle müsse jedoch handlungsfähig bleiben; handlungsfähig wäre sie nicht, wenn es zu keinem bestätigten Haushalt komme. Deshalb werde seine Fraktion mehrheitlich der Vorlage zustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erläuterte, es sei nicht so, dass die Stadt auf Gedeih und Verderben an die Beschlussfassung gebunden sei. Herr Prof. Schuh habe dies schon pauschal gesagt. Selbstverständlich könne der Stadtrat demnächst einen neuen Beschluss fassen, aber er sei daran gebunden, dafür andere Vorschläge zu machen, um die Altdefizite abzulösen. Und dafür sei halt der Spielraum nicht so sehr groß. Kein vernünftiger Kaufmann kündige Jahre vorher an, was er demnächst für eine kaufmännische Entscheidung zu treffen beabsichtige. Die Stadt sei aber jetzt kein vernünftiger Kaufmann, sondern befinde sich in einer Zwangslage. Deshalb bleibe nichts weiter übrig, als diesen Weg zu gehen. Aber es sollte sehr sorgfältig mit der BMA an die einzelnen Verkaufsabsichten herangegangen und geprüft werden, ob es tatsächlich richtig sei, jetzt diesen Schritt zu tun oder ob man im nächsten Jahr zu einer Korrektur dieser Dinge komme. Diese Entscheidung stehe selbstverständlich frei.

Herr **Maluch**, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, betonte, seine Fraktion habe sich ausführlich mit diesem Problem beschäftigt. Man wolle die gegebene Frist einhalten, um nicht in zusätzliche Schwierigkeiten zu geraten. Es sei gesagt worden, was die Stadt veräußern wolle, sei ihre Sache. Was seiner Fraktion nicht gefalle, sei die juristische „Dukatenkackerei“. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr **Dr. Meerheim** zitierte aus dem Runderlass des Innenministeriums vom 24.09.2005, darin gehe es um Handlungsanweisungen zur Haushaltskonsolidierung: „Vor dem Hintergrund der Feststellung des Landesrechnungshofes sind die Kommunalaufsichtsbehörden angewiesen, Handlungen von Kommunen im Rahmen eines schlüssigen Haushaltskonsolidierungskonzepts nicht zu beanstanden. Gleiches gilt für Kommunen, die ausnahmsweise auch ohne Haushaltskonsolidierungskonzept den Haushaltsausgleich nachweislich organisieren.“ Das habe die Stadt ja wohl gemacht, das sei nicht beanstandet worden. Er sähe nicht ein, dass sich die Stadt hier erpressen lasse; etwas anderes als eine Erpressung sei das nicht, die hier passiere und eine Einmischung in Angelegenheiten der Selbstverwaltung der Stadt Halle. Wenn es klare Anweisungen dazu aus dem Innenministerium gebe, hätten sich auch die kommunalen Aufsichtsbehörden daran zu halten. Da müsse man auch einmal als Stadt Widerstand leisten. Es könne nicht sein, dass die Stadt von Jahr zu Jahr alles zur Kenntnis nehmen müsse und praktisch der Willkür an dieser Stelle ausgesetzt sei. Das könne er so nicht einsehen.

Herr **Weiland**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, bemerkte, zur Erpressung gehöre die Erpressbarkeit. Er denke, haushaltstechnisch befinde sich die Stadt in keiner guten Situation. Verwunderlich sei trotzdem die Vorgehensweise des Landesverwaltungsamtes, insbesondere seien die rechtlichen Aspekte offensichtlich hierbei völlig unberücksichtigt geblieben. Es sei jedem klar, dass der Stadtratsbeschluss, der heute gefasst werden soll, schon in der nächsten Sitzung Makulatur sein könne oder eine Maßnahme zur Konsolidierung vom Stadtrat immer noch abgelehnt werden könne.

Insofern sei das, was man heute mache, Spökenkiekereei. Man versuche in die Zukunft zu gucken und einen Aspekt zu untersetzen, der eigentlich so nicht zu untersetzen sei. Seine Fraktion werde genauso abstimmen, wie sie es bei der Abstimmung zur Haushaltssatzung getan habe.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, erklärte, ihre Fraktion werde der Vorlage in ihrer letzten Fassung zustimmen, obwohl sie natürlich auch den Frust dabei empfinde, die Unausgegorenheit der Vorberatung und der Beschlussfassung. Man habe ja im vergangenen Jahr ähnliches Vorgehen erlebt. Man wolle jedoch, dass die Stadt wieder handlungsfähig wird und wieder Spielräume habe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

**3.
Der Stadtrat bestätigt das Konzept zum Abbau der Altfehlbeträge und beauftragt die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) mit der Umsetzung. Die Aktivitäten der BMA zur Realisierung der Vorschläge zum Ausgleich des kumulierten Haushaltsdefizits werden durch den Finanzausschuss begleitet. Nach Befassung der zuständigen Gremien sind die umzusetzenden Maßnahmen dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

zu 5.3 Bericht Lokale Agenda und Gesunde Stadt Halle

Vorlage: IV/2005/04825

Wortprotokoll:

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erklärte, die Informationen aus dem Ausschüssen aufnehmend, weise sie darauf hin, dass man hier einen Prozess voranbringe, nämlich diesen Agenda-Prozess. In Halle sei eine ganz vernünftige Struktur aufgebaut worden, es gäbe den geschäftsführenden Initiativkreis des Gesunden-Städte-Netzwerkes. Vor Jahren habe man sich dazu verständigt, dass in diesem Initiativkreis aus jeder Fraktion ein Mitglied mitarbeite, um die Verbindung herzustellen und diesen Agenda-Prozess in Verbindung von Verwaltung, Stadtrat und Bürgerinnen und Bürgern weiter zu bewegen. Sie bitte alle Fraktionen, ein Vertreter für diesen Initiativkreis zu benennen.

Herr **Weihrich**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, meinte, er könne die positive Einschätzung, die gerade dargestellt worden sei, nicht teilen. Aus seiner Sicht sei das Entscheidende, was einen Agenda-Prozess wirklich ausmache, die Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger. Und diese Mitarbeit müsse eingefordert werden; es müsse jemand da sein, der diesen Prozess moderiere, voranbringe und auch die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger herstelle. Genau das sei das Problem in diesem gesamten Prozess: man habe im Grunde genommen keinen Agenda-Prozess mehr, habe kein Ziel, habe keine Arbeitsgruppen. Es müsse in Zukunft darum gehen, diesen Prozess wieder in Gang zu bringen. Seine Fraktion werde mit Sicherheit dies noch einmal aufgreifen, weil aus ihrer Sicht der Beschlussvorschlag nicht ausreichend sei, um diesen Prozess wieder in Gang zu bringen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zu g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat nimmt den gemeinsamen Bericht „Lokale Agenda 21 und Gesunde Stadt Halle“ zur Kenntnis und beschließt, dass der gemeinsame Bericht „Lokale Agenda 21 Halle“ aller drei Jahre durch die Stadtverwaltung vorgelegt wird.
 2. Der Stadtrat beschließt, dass durch den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement weitere kommunale Liegenschaften in das Energiecontrolling einbezogen werden. Ziel ist es, mittelfristig alle Liegenschaften mit Energie- und Wasserkosten von mehr als 25.000 €/Jahr mit Systemen zur automatischen Verbrauchserfassung auszustatten. Dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten ist jährlich zu berichten.
-

zu 5.4 Übernahme Sportgymnasium aus der Landesträgerschaft in die Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) zum 01.01.2007
Vorlage: IV/2005/05085

Wortprotokoll:

Herr **Dr. Meerheim**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, wies darauf hin, diese Vorlage sei das nächste Beispiel für den gleichen Tatbestand, den er vorhin angemahnt habe. Hier werde man schon im Vorfeld erpresst, bevor die Vorlage überhaupt in den Stadtrat komme. Abgesehen davon, dass sich das Land auch hier vom Prinzip der Konnexität verabschiede. Hier werde eine Aufgabe übertragen, für die man eineinhalb Jahre ein bisschen Geld bekomme und danach nichts mehr. Damit kämen zusätzliche Kosten auf die Stadt zu. Der Stadt bleibe nichts weiter übrig, wenn sie weiterhin Leistungssport in den Zentren haben wolle und das Gymnasium, in denen künftige Leistungssportler unterrichtet werden, dieser Trägerschaftsübernahme zuzustimmen.

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, meinte, es hätte mit der Übernahme des Sportgymnasiums in städtische Trägerschaft die Chance bestanden, mehr als optimale Bedingungen für die Sportschüler in Halle zu schaffen. Sie finde, dass hier sowohl in bildungspolitischer, als auch in schulpolitischer, als auch in finanzieller Hinsicht einiges schief gelaufen sei. Das Ergebnis sei für sie schlichtweg unbefriedigend. Das Land als einer der Akteure hätte ihrer Meinung nach folgende bildungspolitische Möglichkeiten gehabt: man hätte per Gesetzgebung zulassen können, dass solche Schulen mit einem derartig ausgeprägten Schwerpunkt nicht solch eine große Schülerzahlen bringen müssen, wie alle anderen Gymnasien oder die Sportschule hätte auch als eine Gesamtschule mit einer geringeren Zügigkeit etabliert werden können. Das Land habe diese Möglichkeiten nicht genutzt. Die Folge sei, dass nun die Stadt verpflichtet sei, nach dem Schulgesetz das neue Sportgymnasium zu füllen. Das gehe wiederum zu Lasten der Stadt und vor allem des letzten städtischen Gymnasiums im Süden der Stadt, das nach ihrer Ansicht nicht zu halten sein werde. Zu den Finanzen: Hier würden Steuergelder eingesetzt, um an das Sportgymnasium einen Anbau zu finanzieren, damit alle Schüler in der Nähe ihrer Trainingsmöglichkeiten Platz haben. In Ein-Kilometer-Entfernung dieser Trainingsmöglichkeiten stehe allerdings das sanierte Gebäude des Südstadtgymnasiums. Im Bildungsausschuss sei immer wieder betont worden, der Sport – wer auch immer das sei – wolle diese Entfernung zu den Trainingsstätten nicht. Den Grundschulern werde man mit der künftigen Schulentwicklungsplanung Schulwege von bis zu sieben Kilometern zumuten. Könnte das Sportgymnasium das Südstadtgymnasium mit nutzen, wäre es möglich das freiwerdende Geld, weil der Anbau nicht gebaut werden müsse, für die dringend notwendige Sanierung der Robert-Koch-Schwimhalle zu verwenden. Auch diese Chance sei vertan worden. Auch drücke sie ihr Befremden darüber aus, dass alle Informationen zu den Verhandlungen mit dem Land zur Ausgestaltung der Verträge immer nur in nichtöffentlicher Sitzung gegeben worden seien und eine wirkliche Beratung auf Ebene der Stadt im Ausschuss überhaupt nicht möglich gewesen sei.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, schloss sich der Meinung ihrer Vorrednerin an. Es bleibe nur noch die Frage, was eigentlich das Landesverwaltungsamt zu dieser Übernahme angesichts des städtischen Haushalts sage.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, erklärte, im Bildungsausschuss sei über diese Vorlage seit mehr als einem Jahr diskutiert worden. Die Verhandlungen mit dem Land habe man im Bildungsausschuss nicht führen können. Die Ergebnisse seien nur mitgeteilt worden, und man habe wieder einmal feststellen müssen, dass Politik aus Kompromissen bestehe. Letzten Endes sei im Ausschuss mehrheitlich eine Zustimmung zu dieser Vorlage erfolgt, weil man sich in Halle natürlich dazu bekenne, ein Sportgymnasium erhalten zu wollen, weil man weiterhin wisse, dass dieses Sportgymnasium sanierungsbedürftig sei, man die Mittel dafür aber auch nicht habe und Fördermittel nur erhalte, wenn kommunale Trägerschaft bestehe. Die Entscheidung für dieses Gymnasium sei letztendlich der einzige Weg gewesen. Natürlich hätte man gern mehr Mittel vom Land haben wollen, auch gern die Robert-Koch-Schwimmhalle mit saniert, man müsse mit dieser Lösung zufrieden sein, auch wenn man wisse, dass die Gymnasien im Süden der Stadt stark in Gefahr seien – das wären sie aber auch so gewesen, man habe schon jetzt nicht die Schülerzahlen, um eine fünfte Klasse für die Zukunft immer zu gewährleisten. Das Land habe für die Schülerzahlen, die am Sportgymnasium aufgenommen werden müssen, Sonderkonditionen eingeräumt. Was die Schulwege betrifft, so sei man noch nicht im Beschluss, dass sieben Kilometer einem Grundschüler zugemutet werden. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ging auf die Bemühungen der Stadt ein, die Konditionen für die Stadt zu verbessern, aber es habe keine anderen Möglichkeiten bestanden. Das habe natürlich auch Konsequenzen, was die weitere Bereitschaft der Stadt angehe, Aufgaben, die das Land kommunalisieren wolle, zu übernehmen. Auf der letzten Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes hätten der Magdeburger Oberbürgermeister und sie deutlich erklärt, dass die beiden Städte überhaupt keine Aufgaben mehr haben wollen, die das Land zur Zeit ausführe, weil es bei keiner Übergabe einer Aufgabe bisher gelungen sei, tatsächlich die Finanzierung mit zu geben. In der Situation, in der sich die Stadt zurzeit befinde, könne man sich dies nicht mehr wünschen, obwohl sie sich schon an vielen Stellen vorstellen könnte, dass manches besser laufen würde, wenn es eine kommunale Zuständigkeit gäbe.

Herr **Hajek**, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, wies auf das 50jährige Bestehen der Sportschule hin. Es sei eine große Chance, mit den Investitionen des Landes und der Trägerschaft der Stadt doch wieder Zeichen zu setzen und in die Zukunft zu blicken. Die Schüler, die Athleten würden es mit guten Leistungen danken. Es sei wichtig, dass es eine Zukunft für die Sportler und für die Stützpunkte gebe. Hier am Standort habe man Landesleistungszentren, Landesstützpunkte, Bundesstützpunkte, Bundesleistungszentren und den Olympiastützpunkt; das seien viele Funktionen der einzelnen Fachverbände in Sachsen-Anhalt. Man betreue hier auch ausländische Sportler und Athleten aus anderen Bundesländern. Das beispielhafte Wirken der Sportschulen im Osten mache nun auch in Frankfurt am Main, in Tauberbischofsheim und anderen Städten Schule.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zu g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt

- 1. Die Übernahme des Sportgymnasiums Halle (Saale), Amselweg 42, 06110 Halle (Saale) aus der Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt in die Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) zum 01.01.2007 vorbehaltlich der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt.**
 - 2. Das Sportgymnasium Halle wird künftig drei- bis vierzünftig geführt werden, 2 Züge Leistungssport, 1 – 2 Züge mit sportlich interessierter Schülerschaft aus der Stadt Halle (Saale) und dem Umland.**
 - 3. Der Standort Robert-Koch-Straße/Amselweg wird beibehalten. Das sanierte Schulobjekt mit Erweiterungsbau einschließlich der Ausstattung sowie eine Dreifelderhalle gehen ohne Übernahme von Personal in das Kommunaleigentum der Stadt Halle (Saale) über.**
 - 4. Grundlage der Übernahme ist die Rahmenvereinbarung in der Fassung vom 19.05.2005 (Anlage 1).**
-

zu 5.5 Namensgebung des Gymnasiums Christian-Wolff/Gymnasium im Bildungszentrum in das Christian-Wolff-Gymnasium Halle (Saale)
Vorlage: IV/2005/05099

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zu g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Namensänderung des Christian-Wolff-Gymnasiums/Gymnasiums im Bildungszentrum in das Christian-Wolff-Gymnasium Halle (Saale) zum Schuljahr 2005/06.

zu 5.6 Jahresrechnung 2003 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2005/05171

Wortprotokoll:

Frau **Tannenberg**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, erinnerte daran, dass der Abschlussbericht zeitnah eingereicht werden müsse. Das sei nicht passiert. Es seien zwei Jahre vergangen, da könne von zeitnah nicht mehr die Rede sein. Sie meine, durch diesen Zeitverzug könne es keine uneingeschränkte Entlastung geben. Sie **beantrage** deshalb im Namen der Fraktion, **die Punkte 1 und 2 getrennt abzustimmen** und erwarte, dass für das Jahr 2005 rechtzeitig der Schlussbericht vorgelegt werde.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, fragte, was es bedeute, wenn die Punkte getrennt abgestimmt werden sollen. Sei das überhaupt sinnvoll?

Frau **Tannenberg** erwiderte, sie möchte gern dieser Vorlage zustimmen können, aber sie könne der Entlastung nicht zustimmen. Die Gemeindeordnung sähe vor, dass der Abschlussbericht vier Monate nach Jahresabschluss vorliegen müsse. Mit diesem Antrag solle darauf hingewiesen werden, dass man endlich mit diesem Zeitverzug aufhören müsse und die Schlussberichte rechtzeitig vorlege.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** betonte, es habe eklatante Schwierigkeiten mit den Kassenabschlüssen gegeben. Bei der Umstellung auf das SAP-System habe es nichtreparierbare Pannen gegeben. Das habe am Ende zu diesen Verzögerungen geführt. Das betreffe auch den Jahresabschluss 2004.

Herr **Willecke**, Leiter Fachbereich Recht, äußerte sich zum Antrag auf getrennten Abstimmung der beiden Beschlusspunkte. In § 108 Abs. 3 GO LSA sei geregelt, dass mit der Bestätigung der Jahresrechnung der Gemeinderat zugleich über die Entlastung des Bürgermeisters entscheide. Er sei deshalb der Auffassung, man müsse über alles gemeinsam abstimmen.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, ergänzte, wenn der Stadtrat die Entlastung nur mit Einschränkungen oder gar nicht erteile, müsse er dafür auch Gründe angeben, müsste also die Fraktion Die Linkspartei. PDS die Gründe darlegen.

Herr **Lange**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, zog den Antrag namens seiner Fraktion zurück.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zu g e s t i m m t

Beschluss:

- 1. Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2003 wird gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt beschlossen.**
 - 2. Der Oberbürgermeisterin wird für das Haushaltsjahr 2003 gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt Entlastung erteilt.**
-

**zu 5.7 Feststellung des Abschlusses der BMA
BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das
Rumpfwirtschaftsjahr 2004**
Vorlage: IV/2005/05122

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zu g e s t i m m t

Beschluss:

- I. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Verwaltungsrates in der Sitzung vom 27.06.2005:
 1. Der vom Vorstand der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) vorgelegte Abschluss für das Rumpfwirtschaftsjahr vom 01.10. bis 31.12.2004 nebst Lagebericht wird in der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH Halle (Saale) geprüften und am 20.05.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresgewinn beträgt	378,25 €.
Die Bilanzsumme beträgt	76.254,25 €.
 2. Der Jahresüberschuss von 378,25 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
 3. Der Vorstand wird für das Rumpfwirtschaftsjahr 2004 entlastet.
 - II. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden für das Rumpfwirtschaftsjahr 2004 entlastet.
-

**zu 5.8 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale),
Ifd. Nr. 17 "Ortsumgehung Reideburg"**

Vorlage: IV/2005/05101

**zu 5.8.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, zur Beschlussvorlage "Änderung des
Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), Ifd. Nr. 17 -
Ortsumgehung Reideburg" (Vorlage: IV/2005/05101)**

Vorlage: IV/2005/05263

*(An Diskussion und Abstimmung nahm Herr Stadtrat Prof. Dr. Dieter Schuh gemäß § 31 GO
LSA nicht teil.)*

Wortprotokoll:

Der Tagungsleiter wies auf den Änderungsantrag von Herrn Stadtrat Wehrich hin.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, erklärte, seine Fraktion schließe sich ausdrücklich dem Änderungsantrag von Herrn Wehrich an. Wenn man sich den Bericht zu dieser Änderung anschau, dann sei dies die schlechteste Variante, die man sich aus Umweltsicht denken könne. Jetzt könne noch nach altem Baurecht eine Änderung des Flächennutzungsplanes vorgenommen werden; diese Variante könne man später wahrscheinlich aus Umweltgesichtspunkten nicht mehr durchführen.

Man habe einen Autobahnring geschlossen, es werde über Ausweichverkehre von mautpflichtigen LKW gesprochen. Hier hätte man die Chance, mautpflichtigen Schleichverkehr von vornherein einzudämmen, indem man tatsächlich die Abfahrt Peißen nutze, die Osttangente.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, ging auf die abschließende Sitzung des Planungsausschusses ein. Problem sei, dass die derzeitige Trasse, die durch Reideburg führe, auch einen bereits bestätigten Bebauungsplan berühre, d.h. man habe dort schon Baurecht. Wenn dieses Baurecht vollzogen werde, müsste diese Trasse mit außerordentlich aufwendigen Lärmschutzanlagen versehen werden. Mit dieser Flächennutzungsplanänderung werde erst die Möglichkeit der Umsetzung dieses Bebauungsplanes ermöglicht. Die neue Trassenführung werde hier als „Freihaltetrasse“ deklariert.

Sollten noch weiterer Nachfragebedarf bestehen, bitte er Herrn Weber die Möglichkeit zu geben zu antworten.

Herr **Geuther**, CDU-Fraktion, fragte, inwieweit es überhaupt möglich sei, dass keinerlei Festlegungen hinsichtlich der Trasse erfolgen.

Der Tagungsleiter erteilte Herrn Weber das Wort.

Herr **Weber**, amt. Leiter Fachbereich Stadtentwicklung und –planung, antwortete, im Ausschuss sei darüber gesprochen worden. Es seien die Pläne der Alternativtrassenvarianten dargestellt worden. Wenn man nach der Alternativvariante diese Trasse nicht beschlösse, gebe es gar keine, es würde der Verkehr weiter mitten durch Reideburg durchführen und eine Belastung, die derzeit für die Bürger schon fast unerträglich sei, hier festgeschrieben. Deshalb sei der Ansatz der Verwaltung, auf jeden Fall eine Freihaltetrasse für eine Umgehung auch weiterhin in der Planung zu berücksichtigen.

Herr **Wehrich**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, stellte klar, der Änderungsantrag richte sich in keiner Weise gegen den Bebauungsplan. Es gehe ausdrücklich nicht um die Streichung der Trasse. Man wolle, dass die Trassenfreihaltung, die jetzt bestehe, aus dem Flächennutzungsplan gestrichen werde. Man wende sich nur dagegen, dass diese Südumfahrung in der Form in den Flächennutzungsplan komme. Man habe mit dieser Trasse überhaupt keinen Fortschritt und werde auf lange Zeit auch kein Geld haben, die Trasse zu bauen. Deshalb geht es darum, bevor eine neue Trassenfreihaltung in den FNP gemalt werde, sich noch einmal genau zu überlegen, ob es nicht alternative Möglichkeiten gibt, wenigstens den Schwerverkehr aus Reideburg herauszuholen und anders zu führen.

Herr **Felke**, SPD-Fraktion, warb für die Vorlage, wie sie von der Verwaltung vorgelegt worden sei. Es spreche relativ wenig dagegen, die Trasse so aufzunehmen, wie sie vorgeschlagen werde. Man erhalte eine Verlagerung der Verlärmung in den Außenbereich, insofern gehe das für ihn einher mit einer Qualitätsverbesserung für den größten Teil von Reideburg. Natürlich könne man wünschen, dass absehbar weniger Verkehr durch Reideburg fließe, allerdings wisse man, dass in naher Zukunft der Knoten ausgebaut werde und dann die Situation entstehe, dass dies die erste Abfahrt, aus Richtung Leipzig, Dresden kommend, auch für den Schwerverkehr sein werde. Darüber hinaus habe man eine ganze Reihe von Industriebetrieben, die natürlich darauf angewiesen seien, möglichst schnell den Verkehr in die Stadt zu bekommen. Es liege an allen, dafür zu sorgen, dass diese Umfahrung realisiert werden könne.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, wandte sich gegen die Argumentation zu sagen, weil man nicht könne, wolle man auch nicht mehr.

Frau **Schlüter-Gerboth**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, wies darauf hin, dass die geplante Trasse dann durch die Reideniederung führen werde. Anstrengung vieler Menschen sei, dass die Reideniederung renaturiert wird. Wenn dies getan sei, setze man dort die Trasse durch. Das sei auch eine Missachtung der Menschen, die sich dort zurzeit engagierten, zudem sei es ein 6,5 ha großes Areal sehr guten Ackerbodens.

Herr **Dr. Köck**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, meinte, der wahre Grund für die Änderung sei, dass dort in größerem Umfang gebaut werden soll. Der Bauträger werde natürlich nicht bauen, wenn er wisse, dass im Flächennutzungsplan solch eine Straße vorgesehen sei. Wenn jedoch der Knoten Halle-Ost ausgebaut werde, sei es genau so unfair seitens der Stadt, dem Bauträger vorzugaukeln, dass eine Ortsumgehung gebaut werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Entwurf zur Darstellungsänderung des Flächennutzungsplanes – geänderter Trassenverlauf der Ortsumgehung Reideburg – wird in der Form zugestimmt, dass der im genehmigten Flächennutzungsplan dargestellte Trassenverlauf für eine Ortsumgehung Reideburg aufgegeben wird. Auf die Aufnahme einer neuen Variante für eine OU Reideburg wird verzichtet.
2. Dieser Entwurf zur Änderung des FNP wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Abstimmung Änderungsantrag Stadtrat Wehrich : mehrheitlich a b g e l e h n t

**bei 21 Ja-Stimmen
25 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

Abstimmungsergebnis Vorlage:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

**bei 25 Ja-Stimmen
15 Nein-Stimmen
9 Enthaltungen**

Beschluss:

1. Dem Entwurf zur Darstellungsänderung des Flächennutzungsplanes – geänderter Trassenverlauf der Ortsumgehung Reideburg – wird zugestimmt.
 2. Dieser Entwurf zur Änderung des FNP wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.
-

zu 6 Wiedervorlage

zu 6.1 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger zu Mobilfunkanlagen in Halle (Saale)

Vorlage: IV/2005/05038

Beschlussvorschlag:

1. Zum vorsorgenden Gesundheitsschutz schöpft die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten aus, um die Strahlenbelastung der Bürgerinnen und Bürger durch Mobilfunksender so weit wie möglich zu minimieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:
 - 2.1 Sofern sich Mobilfunksendeanlagen auf städtischen Gebäuden bzw. Grundstücken befinden, wird sich die Stadt an Vorsorgewerten für den Gesundheitsschutz orientieren (z.B. die des Ecolog-Institutes in Hannover) und vor der Zustimmung zur Errichtung von Anlagen in bewohnten Bereichen ein Standortgutachten erstellen lassen.
 - 2.2 Die Verwaltung lädt die Mobilfunknetzbetreiber und die Vertreter von Gesundheits- und Umweltschutzverbänden sowie die im Stadtrat vertretenen Fraktionen zu einem Runden Tisch ein. Ziel ist es, die unterschiedlichen Netzkonzepte für Mobilfunksender zu koordinieren, um bei Sicherung der Versorgung dem vorsorgenden Gesundheitsschutz für die Bürgerinnen und Bürger möglichst weitgehend Rechnung zu tragen. Sensible Bereiche wie Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Altenheime und Krankenhäuser sollen besonders berücksichtigt werden. Bei Bedarf wird externer Sachverstand hinzugezogen. In der Verwaltung wird ein zuständiger Ansprechpartner für den Bereich Mobilfunk benannt.
 - 2.3 Auf der Grundlage der Ergebnisse des Runden Tisches erarbeiten Verwaltung und Mobilfunkbetreiber ein konkretes Standortkonzept für Mobilfunkanlagen im Stadtgebiet. Als Eckpunkte des Konzeptes gelten insbesondere:
 - Minimierung der Immissionen in schutzbedürftigen Bereichen durch geeignete Standortwahl,
 - Kooperation der Netzbetreiber bei der Standortwahl,
 - Planung möglichst kleinteiliger Netze in bewohnten Bereichen, um unnötig hohe Strahlungswerte zu vermeiden,
 - Installation der Sendemasten auf möglichst hohen, freistehenden Gebäuden,
 - stärkere Beteiligung der Betroffenen (Kommunikation der Standorte),
 - Berücksichtigung von Immissionsschutzgesichtspunkten bei der Auswahl der Antennentechnik,
 - Berücksichtigung der Gesamtmissionen,
 - Sicherung der Versorgung, d.h. Telefonieren in überirdischen Bereichen ohne wesentliche Qualitätseinbußen; nicht zur Versorgungssicherung gehört das mobile Telefonieren in unterirdischen Bereichen.

Wortprotokoll:

Herr **Weihrich**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, äußerte sich zum Sinn des Antrages. Es gehe nicht darum, die Mobilfunkanwendung in der Stadt Halle in irgendeiner Weise zu behindern. Es gehe darum, in einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern einzutreten, der von der Stadtverwaltung moderiert werden soll. Namens der Fraktion beantrage er, die Punkte getrennt abzustimmen. Der Änderungsantrag, der im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten gefasst worden sei, sei kein Änderungsantrag zum Antrag seiner Fraktion, sondern sei ein völlig neuer Antrag, der gesondert eingebracht werden sollte.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, meinte, den Geschäftsordnungsantrag, einen Antrag als erledigt zu betrachten, könne man jederzeit stellen. Hier sei noch eine Prämisse damit verbunden worden, mit der man eigentlich leben könnte.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, verwies auf die Diskussion in den beteiligten Ausschüssen. Dort sei sehr intensiv diskutiert worden und im Verlauf der Diskussion hätten sich beide Ausschüsse auf die Empfehlung verständigt, die **Verwaltung zu beauftragen, jährlich in den Ausschüssen Ordnung und Umweltangelegenheiten und Sozial-, Gesundheit- und Gleichstellung zu berichten**. Sicherlich könne man dann diese Ausschusssitzungen öffentlich noch stärker bekannt machen, damit weitere interessierte Bevölkerung hinzukommen könne.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, empfahl, über den Antrag abzustimmen und die Erklärung der Verwaltung zu Protokoll zu nehmen, dass sie gewillt sei zu berichten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis Punkt 1: **mehrheitlich a b g e l e h n t**

**bei 19 Ja-Stimmen
22 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen**

Abstimmungsergebnis Punkt 2: **mehrheitlich a b g e l e h n t**

**bei 18 Ja-Stimmen
27 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen**

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Die Verwaltung sagte zu, die genannten Ausschüsse einmal jährlich unter Einbeziehung der zuständigen Fachbereiche und der Mobilfunkbetreiber über die aktuellen Entwicklungen und Erkenntnisse zu informieren.

Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zur
Umsetzung des Mitgliedes der Fraktion im Eigenbetrieb für
Arbeitsförderung (EfA)**
Vorlage: IV/2005/05287

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

**Herr Dr. Uwe-Volkmar K ö c k scheidet aus dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
(EfA) aus.
Der Stadtrat entsendet Frau Elisabeth N a g e l in den Eigenbetrieb für
Arbeitsförderung (EfA).**

zu 7.2 Antrag - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung
Vorlage: IV/2005/05288

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

**Frau Elisabeth N a g e l scheidet aus dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung aus.
Der Stadtrat entsendet Herrn Dr. Uwe-Volkmar K ö c k in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung.**

**zu 7.3 Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Plan ÖPNV des Landes
Sachsen-Anhalt 2005 - 2008/2015**

Vorlage: IV/2005/05240

Beschlussvorschlag:

1. *Die Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Plan ÖPNV des Landes Sachsen-Anhalt für den Zeitraum 2005 – 2008/2015 wird gemeinsam durch die Oberbürgermeisterin bzw. den von ihr beauftragten Mitarbeitern und dem Stadtrat Halle (Saale) erarbeitet und vom Stadtrat als solche verbindlich verabschiedet.*
2. *Zur Erfüllung des unter 1. genannten Zieles beauftragt der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) die Oberbürgermeisterin, beim zuständigen Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt eine Fristverlängerung zur Abgabe der Stellungnahme zu erwirken.*

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich a b g e l e h n t**

**bei 12 Ja-Stimmen
22 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen**

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

zu 7.4 **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE- zur Erteilung eines Prüfauftrages zum Themenkomplex "Nutzung des bestehenden Netzes der Bürgerbriefkästen der Stadt Halle (Saale) für Postsendungen an die ARGE durch Bürger unser Stadt"**
Vorlage: IV/2005/05292

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Möglichkeit besteht, die Bürgerbriefkästen der Stadtverwaltung für die Postsendungen von Bürgern der Stadt Halle an die ARGE zu nutzen.

Wortprotokoll:

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und befand, dass die Angelegenheit nicht ausreichend geprüft sei. Namens ihrer Fraktion verweise sie den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE in den

- **Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**

verwiesen.

zu 7.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen des Stadtrates zur Zukunft der Galerie Marktschlösschen

Vorlage: IV/2005/05351

Wortprotokoll:

Herr **Ei-Khalil**, CDU-Fraktion, erläuterte das Zustandekommen dieses Antrages: Im Kulturausschuss sei über die Zukunft des Marktschlösschens gesprochen worden. Dabei sei zur Sprache gekommen, dass beabsichtigt werde, die Galerie im Marktschlösschen in die Ulrichkirche umziehen zu lassen. Es sei festgestellt worden, dass die Ulrichkirche in keiner Weise für eine Galerie geeignet sei. Deshalb bitte man zu prüfen, ob in einer städtischen Immobilie möglicherweise eine Alternative existiere. Man denke dabei z.B. an die Galerie im „neuen theater“.

Den Antrag ändere er in seiner textlichen Fassung im 3. Satz wie folgt: Das Ergebnis der Prüfung ist den Gremien des Stadtrates im November als Beschlussvorlage vorzulegen, da der Mietvertrag für die Galerie zum 31.12.2005 ausläuft.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, erinnerte, er habe seinerzeit im Zusammenhang mit der Haushaltsdiskussion 2005 unter dem Gesichtspunkt Senkung der städtischen Zuschüsse einzelne Maßnahmen erläutert, u. a. die Galerie Marktschlösschen. Er habe dabei nicht gesagt, dass die Galerie in die Ulrichkirche ziehen werde, sondern dass ein Prüfauftrag bestehe, dies zu prüfen. Das sei inzwischen geschehen, und der Standort werde als nicht gerade günstig angesehen. Es habe weitere Gespräche gegeben, auch mit dem Intendanten des „neuen theaters“. Dort sei die Sachlage die, dass die Galerie erst ab November 2006 zur Verfügung stehen könnte.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** wandte ein, für die Stadtratssitzung im November könne keine Beschlussvorlage erwartet werden. Diese Frist sei zu kurz.

Herr **Dr. Meerheim**, Fraktion die Linkspartei. PDS, fragte, was das „neue theater“ daran hindere, seine Galerie schon zum 01.01.06 zur Verfügung zu stellen.

Herr **Dr. Marquardt** erläuterte, dass die dortige Galerie bis zum November 2006 verplant sei, auch seien durch die Galerie Marktschlösschen durchaus alternative Möglichkeiten gefunden worden, die Zeit bis zum November 2006 zu überbrücken.

Herr **Ei-Khalil** äußerte sich zur Terminfrage. Der Vertrag laufe Ende des Jahres aus. Er bitte die Verwaltung, einen anderen Terminvorschlag zu machen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verwies auf die Aussage, dass die Galerie für die Übergangszeit andere Ausstellungsmöglichkeit gesucht habe, bis eine endgültige Lösung gefunden sei. Deshalb sollte man sich Zeit nehmen, eine ordentliche Lösung zu suchen. Die Verwaltung werde so schnell als möglich einen Vorschlag vorlegen.

Herr **Bartl** schlug als Termin Dezember vor und verlas den geänderten Beschlussvorschlag. Dazu bestand Einverständnis.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, geeignete Standorte für die Unterbringung der Galerie Marktschlösschen zu prüfen. Prioritär sind dabei städtische Liegenschaften (z. B. Kulturinsel) zu untersuchen, um die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Stadt Halle (Saale) nicht zu gefährden.

Das Ergebnis der Prüfung ist den Gremien des Stadtrates im Dezember als Beschlussvorlage vorzulegen, da der Mietvertrag für die Galerie zum 31.12.2005 ausläuft.

zu 8 **Anfragen von Stadträten**

zu 8.1 **Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Stand der Umsetzung des Projektes "Klimaschutz macht Schule"**

Vorlage: IV/2005/05226

In der Stadtratssitzung vom 12.03.2002 wurde der Antrag zum Projekt „Klimaschutz macht Schule“ mit folgendem Inhalt

Der Stadtrat möge beschließen, dass

- 1. das Gemeinschaftsprojekt "Klimaschutz macht Schule" von Stadt, EVH und Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) auf alle öffentliche Schulen, städtische Horte und Kindergärten in städtischer Trägerschaft auszudehnen und*
- 2. dabei das Hamburger Finanzierungsmodell (50 % der erzielten Einsparung werden zur Haushaltskonsolidierung verwendet, 50 % stehen der entsprechenden Einrichtung zur freien Verfügung) zugrunde zu legen ist.*

beschlossen. Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung fragen wir:

- 1. Wie ist der Stand der Umsetzung bezogen auf die beschlossenen Punkte des Antrages?**
- 2. Wie hoch war der Betrag im Jahr 2004 und 2005?**
- 3. Mit welchem haushaltskonsolidierenden Betrag rechnen Sie für die nächsten Jahre?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Zum Projekt „Klimaschutz macht Schule“ erteilte der Stadtrat in seiner Sitzung am 22.05.2002 der Verwaltung einen Prüfauftrag, ob eine Ausweitung des Projektes „Klimaschutz macht Schule“ auf alle Verwaltungsgebäude der Stadt Halle (Saale) realisiert werden kann.

Am 28.05.2003 verständigen sich der Eigenbetrieb ZGM, die Fachbereiche 31 und 40 sowie der BUND, dass anstelle des Hamburger Modells 50/50 das Zahlungsmodell 40/40/20 beibehalten werden solle. Das Hamburger Modell wurde, auch unter Berücksichtigung der Haushaltslage, nach Prüfung verworfen.

Weiterhin wurde übereinstimmend festgestellt, dass durch gravierende Veränderungen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung neu zu startende Projekte und Verträge schwierig sind, da nach einer Fusion die Schwerpunkte in erster Linie auf der Sicherung der Ausrichtung des Unterrichts liegen.

Somit sind noch nicht alle Schulen in das Projekt „Klimaschutz macht Schule“ eingebunden. Eine Aktivierung des Projekts ist nach Abschluss aller Fusionen und Bauvorhaben (PPP-Programm) vorgesehen.

Neben dem Projekt „Klimaschutz macht Schule“ wird seit dem 01.12.1999 eine weitere Energie-Controlling-Maßnahme durchgeführt, welche von der Stiftung „Klimaschutz in Sachsen Anhalt“ mit 190.000,00 DM gefördert worden ist.

Hierbei werden seit dem 01.02.2002 die Verbräuche für Elektroenergie, Wärme (Fernwärme, Gas) und Wasser in derzeit 27 Objekten beim ZGM erfasst. Es handelt sich dabei um Verwaltungsgebäude und Schulen mit unterschiedlichem Baujahr, Sanierungszustand und differenzierter Nutzungsart.

Eine Ausdehnung dieses Energiecontrolling-Systems auf weitere städtische Liegenschaften mit Energie- und Wasserkosten von mehr als 25.000 €/Jahr ist mittelfristig vorgesehen. Pro Objekt müssen finanzielle Mittel in Höhe von ca. 2.500 € bereitgestellt werden.

Durch den Fachbereich Umwelt wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung über Energieeinsparmöglichkeiten und durch das Sachgebiet Bewirtschaftung mit einer Aufforderung zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen sowie zum bewussten Umgang mit den Medien Wärme, Elektroenergie und Wasser per Intranet informiert.

Mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie der Budgetierung wurden die Verantwortung für die Mittelbereitstellung, Verwendung und Überwachung direkt an die Fachbereiche übertragen. Dies bedeutet, dass auch in den Fachbereichen der sparsamste Umgang mit den Medien Wärme, Wasser, Strom gesteuert werden kann, da durch das ZGM entsprechend abgeschlossener Servicevereinbarungen jährlich sowohl die Kosten als auch die Verbräuche zur Kenntnisnahme und Veranlassung zugearbeitet werden.

Durch das Nutzerverhalten der in der Stadtverwaltung Halle beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann direkter Einfluss auf die Verbräuche und Kosten genommen werden. Anders als beim Projekt „Klimaschutz macht Schule“, wo der erzieherische Effekt bei Kindern der Sinn des Projektes ist, kann es keine materielle Stimulierung der Mitarbeiter geben, um kostenbewusstes Handeln zu erreichen.

In den Dienstverträgen der bei der Stadtverwaltung beschäftigten Hausmeister wird der Punkt der Überwachung und Einflussnahme auf Verbräuche bei den Medien Wasser, Wärme, Strom usw. direkt als Arbeitsaufgabe beschrieben. Hausmeisterschulungen werden sowohl durch die zuständigen Fachbereiche als auch den Dienstleister ZGM vorgenommen. Den in der Anfrage formulierten Stadtratsbeschluss gibt es nicht.

zu 2.

Im Jahr 2004 betrug die Einsparung 44.037,80 € bei 15 beteiligten Schulen und Einrichtungen. Von diesem Betrag wurden entsprechend dem Beschluss der Beigeordnetenkonferenz vom

17. Juni 1997 17.615,12 € (40 %) dem städtischen Haushalt zugeführt, 17.615,12 € (40 %) für die energetische Sanierung der Schulen bereitgestellt und 8.807,56 € (20 %) erhielten die Beteiligten für das eigene Budget.

Für das Jahr 2005 können erst nach Abschluss des Abrechnungszeitraumes Aussagen vom EB ZGM gemacht werden.

zu 3.

Die Festlegung des haushaltssolidierenden Beitrages über das Projekt „Klimaschutz macht Schule“ ist für die nächsten Jahre zurzeit nicht exakt zu definieren. Es ist aber davon auszugehen, dass das jährliche Einsparpotential abnehmen wird und letztendlich einmal ausgeschöpft sein wird.

Momentan konnten keine neuen Teilnehmer gewonnen werden (siehe Punkt 1). Weitere Gründe dafür sind unter anderem:

- Optimierungsmaßnahmen in den Schulen, d. h. Schließung von Schulen und damit verbundene Umzüge (entspr. Mittelfristiger Schulentwicklungsplanung)
- durch den Abgang von Lehrern teilweise kein Ersatz für Projektbetreuung
- notwendige bauliche Veränderungen werden nicht durchgeführt
- die Grenze der Einsparungen ist erreicht

- Lehrer legen oft Schwerpunkt auf andere Probleme (Unterrichtssicherung) und somit bleibt diese Zusatzaufgabe oft an den Hausmeistern „hängen“
- mangelnde Kenntnisse über die Heizungsanlage, fehlende oder fehlerhafte Isolation an den technischen Einrichtungen u. a.
- Schulleiterwechsel

gez. Eberhard Doege
Beigeordneter

Wortprotokoll:

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, nahm Bezug auf die Antwort der Verwaltung, in der darauf hingewiesen wurde, dass die Mitarbeiter der Verwaltung per Intranet zu Energieersparnis usw. informiert worden seien und bat, das interne Schreiben den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Weitere Anmerkungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Anfrage der Stadtratsfraktionen von CDU und NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zur zentralen Vorverkaufskasse

Vorlage: IV/2005/05220

Hat die Einführung der zentralen Vorverkaufskasse zu den prognostizierten Mehreinnahmen geführt? (Vorlage III/2003/03178)

Erhöhte sich die Anzahl der verkauften Karten und wie ist die Verteilung auf die beteiligten Einrichtungen?

Konnten die Einsparungen im Personal- und Sachkostenbereich erbracht werden?

Konnte der Kostendeckungsgrad von 76,6% erreicht werden?

In der Phase 2 der Konzeption ab Spielzeit 2004/2005 sollte eine eigene Haushaltsstelle für die Vorverkaufskasse eingerichtet werden.

Warum ist das nicht geschehen und wann ist damit zu rechnen?

Antwort der Verwaltung:

Die zentrale Vorverkaufskasse konnte durch Verzögerungen der Bauarbeiten erst im März 2004 in Betrieb genommen werden. Es liegen daher noch keine repräsentativen Daten für ein ganzes Haushaltsjahr vor.

Als Vergleichszeitraum werden daher nur die Monate März bis September der Jahre 2004 und 2005 herangezogen.

Hat die Einführung der zentralen Vorverkaufskasse zu den prognostizierten Mehreinnahmen geführt? (Vorlage III/2003/03178)

Die Einnahmen der Kasse sind in der folgenden Tabelle ersichtlich:

Monat	2004	2005	Veränderung
März	83.954,50	161.262,85	77.308,35
April	115.152,37	119.548,02	4.395,65
Mai	85.469,91	126.785,32	41.315,41
Juni	83.303,28	81.952,97	-1.350,31
Juli	23.982,24	20.802,47	-3.179,77
August	27.460,54	15.157,18	-12.303,36
September	81.455,06	69.883,88	-11.571,18
GESAMT	500.777,90	595.392,69	94.614,79

Im Vergleich der Monate **März bis September** zeigt sich insgesamt eine Erhöhung der Einnahmen um 94.615 €. Ob die prognostizierten Mehreinnahmen erreicht werden, kann erst nach Vorliegen der Zahlen für ein gesamtes Haushaltsjahr beurteilt werden.

Erhöhte sich die Anzahl der verkauften Karten, und wie ist die Verteilung auf die beteiligten Einrichtungen?

	März - September 2004	März - September 2005
Opernhaus	27.977	24.691
nt	23.361	31.324
Philharmonie	11.494	12.574
Thalia*	912	2.798

* Thalia nimmt erst seit April 2004 am Kartenvorverkauf teil

Konnten die Einsparungen im Personal- und Sachkostenbereich erbracht werden?

Für das Opernhaus stellen sich die Einsparungen wie folgt dar:
Für das Objekt Leipziger Str. wurde der Mietvertrag gekündigt. Die in der Beschlussvorlage ausgewiesene Einsparung Sachkosten in Höhe von 800 € wurde erbracht. Die in der Vorlage vom Opernhaus benannte Stelle mit Personalkosten in Höhe von 31.787€ wurde abgebaut. Die weiterhin in der Beschlussvorlage ausgewiesenen Personalkosteneinsparungen werden in Höhe von 42.300 € im Jahr 2006 und in Höhe von 27.300 € im Jahr 2007 wirksam.

Konnte der Kostendeckungsgrad von 76,6% erreicht werden?

Der in der Beschlussvorlage ausgewiesene Kostendeckungsgrad von 76,6% wurde noch nicht erreicht. Grundlage für diesen ermittelten Kostendeckungsgrad ist der durch Personalabbau zu erreichende Personalbestand von 8 Mitarbeitern.
Durch die Vorverkaufskasse wurde im Zeitraum vom 01.03.2004 bis zum 30.09.2004 ein Kostendeckungsgrad von 36,75% erreicht. Für den Zeitraum vom 01.03.2005 bis zum 30.09.2005 wurde bisher ein Kostendeckungsgrad von 42,41% erreicht.
Zu beachten ist, dass in diesem Zeitraum die verkaufsstarken Monate (Weihnachtsgeschäft) nicht berücksichtigt sind. Die erneute Ermittlung des Kostendeckungsgrades sollte daher im Januar 2006, basierend auf dem Haushaltsjahr 2005, erfolgen.

In der Phase 2 der Konzeption ab Spielzeit 2004/2005 sollte eine eigene Haushaltsstelle für die Vorverkaufskasse eingerichtet werden. Warum ist das nicht geschehen, und wann ist damit zu rechnen?

Bisher ist dies noch nicht geschehen, da eine Voraussetzung für die Schaffung eines eigenen Unterabschnitts für die VVK die Zahlenbasis eines kompletten Haushaltsjahres ist. Infolge der verspäteten Eröffnung der Kasse am 01.03.2004 müssen also die Zahlen des Haushaltsjahres 2005 (01.01.2005 bis 31.12.2005) zugrunde gelegt werden.
Die Bildung einer eigenen Haushaltsstelle für die VVK wird zum 01.08.2006 – zum Beginn des nächsten Wirtschaftsjahres der Eigenbetriebe - angestrebt.

Zur Herauslösung der Kasse aus den einzelnen Einrichtungen der Stadt Halle (Saale) sind noch Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehört die Anbindung an das SAP-System, um die Verteilung und Verbuchung der Einnahmen direkt in der Kasse vornehmen zu können (bisher Buchhaltung Opernhaus) und den Haushalt der VVK bearbeiten zu können. Weiterhin ist die entsprechende Schulung der Mitarbeiter notwendig. Dazu werden bis zum Jahresende die Gespräche mit der ITC abschließend geführt und die entsprechenden Kosten ermittelt.

gez. Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Zusatzanfrage von Herrn Stadtrat Bönisch:

Warum dauerte die Bearbeitung der Anfrage zur Vorverkaufskasse zu lange?

Zur Antwort siehe nachfolgendes Schreiben des Opernhauses vom 21.10.2005:

Sehr geehrter Herr Dr. Marquardt,

zur Beantwortung der Anfrage von Herrn Bönisch zur Dauer der Beantwortung der Anfrage zur Vorverkaufskasse kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Der Auftrag zur Beantwortung der Anfrage ist am 13.09.05 mit Terminstellung 19.09.05 eingegangen. Das heißt, es standen 4 Tage zur Ausarbeitung der geforderten Daten zur Verfügung. Diese Zusammenstellungen erforderten den im Folgenden aufgeführten zusätzlichen Arbeitsaufwand, der in diesem kurzen Zeitraum nicht erbracht werden konnte: Für die Zusammenstellung der verkauften Eintrittskarten und der entsprechenden Einnahmen für die in der Antwort angeführten Zeiträume mussten die einzelnen Tagesrapporte herangezogen werden. Über das System Ticket-Online ließ sich keine nach Einrichtungen getrennte Aufstellung abrufen.

Es gibt für jeden Verkaufstag und für jedes Wochenende einen zusammengefassten Tagesrapport, aus dem die Einnahmen für die einzelnen Einrichtungen ersichtlich sind. Diese Rapporte mussten entsprechend der Anfrage auf die Einrichtungen aufgesplittet werden.

Ebenso musste mit der Anzahl der verkauften Karten verfahren werden.

Zudem mussten die zusammengestellten Zahlen noch mit jeder Einrichtung abgeglichen werden. Auch dies erfordert eine gewisse Zeit.

Mit freundlichen Grüßen

Marion Pinzler
Leiterin Finanzwesen

gez. Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Wortprotokoll:

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, bat, die Thematik, warum es so lange gedauert habe, Resultate von der zentralen Vorverkaufskasse zu erhalten, noch einmal in der nächsten Sitzung des Finanzausschuss zu behandeln. Ebenso sollte die Problematik, die unter TOP 8.3 – Personalpool – in diesem Ausschuss näher erläutert werden.

Herr **Dr. Meerheim**, Vorsitzender des Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, wies darauf hin, dass die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ausschusses bereits aufgestellt worden sei. Für die Behandlung der genannten Themen könne die nächstmögliche Sitzung in Frage kommen.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, unterstützte das Anliegen von Herrn Bönisch und wies auf einen Beschluss des Stadtrates zur Vorverkaufskasse hin. Man sollte dann beides diskutieren.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Anfrage der CDU-Ratsfraktion - Personalpool der Stadtverwaltung
Vorlage: IV/2005/05295

Ausgehend von der Annahme, dass die mit einem kw-Vermerk versehenen Stellen der Stadtverwaltung personengenau zugeordnet sind, bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. **Wurde bei der Verwaltung ein fachbereich- bzw. ressortübergreifender Personalpool gebildet, in welchem alle diese Stellen geführt werden?**
2. **Für den Fall, dass die erste Frage positiv zu beantworten ist:**
 - a) **Seit wann existiert dieser Pool?**
 - b) **Wie viele ressortübergreifende Umsetzungen hat es seit der Existenz dieses Pools gegeben?**
 - c) **Sind in diesen Pool auch die Eigenbetriebe der Stadt involviert?**
3. **Für den Fall, dass die erste Frage negativ zu beantworten ist:**
 - a) **Warum existiert ein solcher Pool nicht?**
 - b) **Ist vorgesehen, einen solchen zu bilden?**

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Es wurde bisher in der Stadtverwaltung kein Personalpool gebildet.

Zu 3.

- a) Hierfür gibt es mehrere Gründe. Zum einen ist das Setzen eines KW-Vermerkes nicht identisch mit der personengenauen Zuordnung. Diese ist nicht in jedem Fall erfolgt. Zum anderen gab es rechtliche Bedenken gegen die Bildung eines Personalpools, für den die Personalvertretung die Durchführung einer Sozialauswahl gefordert hat. Alternative Modelle wurden nicht geprüft. Seit Abschluss des Sozialtarifvertrages wurden die Personalkapazitäten, welche dem wesentlichen Bestand an KW entsprachen, durch die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit zum großen Teil abgebaut, so dass den Fachbereichen diese Ressourcen weiterhin zur Verfügung zu stellen waren.
- b) Die Stadtverwaltung plant keine Bildung eines Personalpools, sondern den Aufbau eines Überhangmanagements. Das Konzept wird zurzeit in der Verwaltung vorbereitet und kann dem Stadtrat nach Fertigstellung Anfang des kommenden Jahres vorgestellt werden.

gez. Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen (siehe TOP 8.2) zur Kenntnis genommen.

zu 8.4 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich des Bauzustandes der Schulen und Kindertageseinrichtungen
Vorlage: IV/2005/05278

Bei verschiedenen Gesprächen wurde besonders über den desolaten, unhygienischen Zustand der Toilettenanlagen und morsche Fensterrahmen geklagt. Deshalb frage ich:

1. In welchen Schulen und Kindertagesstätten sind die Toilettenanlagen dringend überholungs- oder sanierungsbedürftig?
2. In welchen Schulen und Kindertageseinrichtungen sind die Fensterrahmen so marode, dass eine Unfallgefährdung durch Herausfallen besteht?
3. Welche gravierenden Baumängel bestehen sonst noch?
4. Was wird zur Abhilfe unternommen?

Zwischenantwort der Verwaltung:

Aufgrund der derzeitigen Arbeitsbelastung im Zusammenhang mit den PPP-Modellen und dem Umfang der Anfrage kann diese erst in der Stadtratsitzung des Monats Dezember beantwortet werden.

gez. Szabados
Bürgermeisterin

Wortprotokoll:

Herr **Bauersfeld**, CDU-Fraktion, äußerte, mit der Verschiebung der Antwort in die Dezembertagung habe er kein Problem. Allerdings verwundere ihn, dass solche Informationen bzw. Auflistungen in der Verwaltung nicht existieren.

Die Zwischenantwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8.5 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich der Städtepartnerschaften der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: IV/2005/05279

In der Septembersitzung des Stadtrates wurde die Neufassung der Vereinbarung über die Städtepartnerschaft mit der Stadt Linz beschlossen.

**Welche Vereinbarung über Städtepartnerschaft mit den anderen Partnerstädten stammt noch aus DDR-Zeiten und bedarf der Neufassung?
Welche Aktivitäten, insbesondere Jugend- und Schüleraustausch, gab es in den vergangenen zwei Jahren mit den verschiedenen Partnerstädten?**

Die wichtigsten Sprachen an den Schulen sind Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Ein Schüleraustausch mit einem mehrwöchigen Aufenthalt in Gastfamilien fördert die Sprachkenntnisse und das Interesse an dem betreffenden Land beträchtlich.

**Gibt es Bestrebungen weitere Städtepartnerschaften mit Städten in Westeuropa (Großbritannien, Spanien, Italien) oder den USA aufzubauen?
Welchen Schüler- und Jugendaustausch gibt es mit diesen Ländern und wie wird er gefördert?**

Antwort der Stadtverwaltung:

Die Stadt Halle (Saale) unterhält zum gegenwärtigen Zeitpunkt städtepartnerschaftliche Beziehungen zu:

- a) Linz (Österreich) seit 1975
- b) Oulu (Finnland) seit 1972
- c) Ufa (Baschkortostan) seit 1997
- d) Karlsruhe (Deutschland) seit 1987
- e) Grenoble (Frankreich) seit 1976

Städtefreundschaften bestehen zu:

- a) Hildesheim (Deutschland) seit 1990
- b) Coimbra (Portugal) seit 1976

Für Karlsruhe gibt es eine Bekräftigung der bestehenden Partnerschaft von 1990. Der Partnerschaftsvertrag mit Linz wird jetzt neu gefasst.

Im Übrigen erfolgt eine Abstimmung mit den Städtepartnern, ob eine Überarbeitung der Partnerschaftsverträge erwünscht oder sinnvoll ist.

Schüleraustausche finden regelmäßig mit Ufa statt. Diese Aktivitäten laufen eigenverantwortlich über den Verein Freunde von Baschkortostan.

Ebenso finden Schüleraustausche regelmäßig mit der Partnerstadt Oulu statt. Die Latina August-Hermann-Francke unterhält seit 2000 Kontakte zu einer Gesamtschule und das Thomas-Müntzer-Gymnasium zum Internationalen Gymnasium Oulu. Die Projekte werden aus Eigenmitteln der Schüler finanziert. Das Thomas-Müntzer-Gymnasium erhält im Rahmen des Comenius-Projektes auch EU-Fördermittel.

Darüber hinaus besteht zwischen Karlsruhe und Halle ein Azubi-Austausch der Stadtverwaltungen.

Die Listen zu den Aktivitäten mit den Partnerschaftsstädten können im Fachbereich 01, Team Protokoll, eingesehen werden.

Schüleraustausche im Rahmen von Städtepartnerschaften zur Förderung der Sprachkenntnisse und des Interesses an anderen Ländern und Kulturen sind ausdrücklich zu befürworten.

Derzeitig reagieren die Schulen auf Austauschprojekte aus finanziellen Gründen eher zurückhaltend.

Die Verwaltung wird sich durch aktive Ansprache von Schulleitungen um eine Beförderung von Schüleraustauschen bemühen.

Zurzeit wird seitens der Verwaltung eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Minneapolis, Bundesstaat Minnesota, USA geprüft. Ein entsprechendes Schreiben ist an den Oberbürgermeister, Mr. Rybak im Juli 2005 in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Generalkonsulat verschickt worden. In Minneapolis finden aber am 8. November 2005 die Oberbürgermeisterwahl und die Wahl der Council Member (Stadträte) statt, so dass erst nach der Wiederwahl von Mayor Rybak mit einer Antwort aus Minneapolis gerechnet wird. Die Aktivitäten gehen zurück auf einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2003. Des Weiteren wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt Halle (Saale) eine Städtepartnerschaft mit Madras, Indien, erwogen.

gez. Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.6 Anfrage des Stadtrates Werner Misch - CDU - zu Rückforderungen des Bundes von Mitteln zur Kostenbeteiligung des Bundes an Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II

Vorlage: IV/2005/05299

Wie mir bekannt wurde, will das Bundeskabinett am 05.10.05 beschließen, die in § 46 (6) SGB II zugestandene Bundesbeteiligung von 29,1 % der Kosten der Unterkunft zu streichen und bereits erfolgte Geldleistungen zurückzufordern.

Ich frage die Verwaltung:

- 1. Wie hoch sind die Kosten der Unterkunft (gemäß § 22 SGB II), die die Stadt Halle nach aktueller Planung im Jahre 2005 aufzubringen hat?**
- 2. Wie hoch ist die geplante Kostenbeteiligung des Bundes (gemäß § 46(6) SGB II) mit der die Stadt Halle nach bisheriger Rechtslage für 2005 rechnen konnte?**
- 3. Welche zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen würden für die Stadt Halle entstehen, wenn der erwähnte Kabinettsbeschluss vom 05.10.05 rechtswirksam würde und welche Auswirkungen ergäben sich für den Haushalt der Stadt?**

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Für das Haushaltsjahr 2005 sind die Unterkunftskosten gem. § 22 SGB II im Haushaltsplan mit 71 Mill. € veranschlagt.

Zu 2.

Die Kostenbeteiligung des Bundes gem. § 46 (6) SGB II ist im Haushalt der Stadt Halle wie bei allen Kommunen bundesweit mit 29,1 % eingeplant. Als Einnahme des Bundes sind im Haushaltsplan 20 Mill. € veranschlagt.

Zu 3.

Wenn der Kabinettsbeschluss vom 05.10.2005 rechtswirksam wird, kommt auf die Stadt eine zusätzliche Belastung von o.b. 20 Mill. € (29,1 % der Unterkunftskosten gem. § 22 SGB II) zu.

Wie auch vom Deutschen Städtetag in einer Pressemitteilung am 05.10.2005 schon ausgeführt, rechnen wir nach den uns vorliegenden Fakten damit, dass die Bundesbeteiligung mindestens in der bisherigen Höhe von 29,1 % beibehalten werden muss, um, zusammen mit den Entlastungen der Länder, die im Gesetz garantierte Entlastung der Kommunen um 2,5 Mrd. € zu erreichen. Es ist absolut unrealistisch, Rückzahlungen der Kommunen an den Bund zu erwarten. Im Gegenteil ist von Mehrbelastungen durch Hartz IV auszugehen, so dass auch eine höhere Bundesbeteiligung notwendig werden müsste.

gez. Szabados
Bürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Parkraumsituation im Bereich Domviertel/Ulrichstraße

Vorlage: IV/2005/05289

In letzter Zeit erreichten uns wiederholt Beschwerden von Anwohnern des Bereichs Ulrichstraße. Darin heißt es, dass es trotz der Ausweisung von Anwohner-Parkzonen für die Inhaber der Anwohner-Parkausweise schwierig bis unmöglich ist, im Quartier einen der ausgewiesenen Stellplätze zu bekommen. Als Grund wird genannt, dass vor allem Pendler sowie abendliche Besucher der Kneipenmeile das Durchfahrtsverbot missachten - diese würden dann innerhalb der Anwohnerparkzonen die Stellflächen besetzen. Wir fragen daher die Stadtverwaltung:

- 1. Betrachtet die Stadtverwaltung die Kontrollen innerhalb des genannten Bereichs hinsichtlich der Einhaltung des Durchfahrtsverbots sowie der Parkberechtigung als wirksam?**
- 2. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, das Angebot einer angemessenen Zahl verfügbarer Stellplätze für Inhaber eines Anwohner-Parkausweises im Bereich Domviertel/Ulrichstraße zu sichern?**

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Die Politessen des Team Mitte, Fachbereich Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit, kontrollieren im Schichtdienst früh, mittags und abends den ruhenden Verkehr im Bereich Domviertel.

Im Zeitraum Januar – September dieses Jahres wurden dort insgesamt **7097** Verwarnungen, davon allein **3055** in der Zeit von 18.00 – 22.00 Uhr, getätigt.

Die häufigsten Verstöße (nach 18:00 Uhr) sind:

- 1731 Verwarnungen - nicht Beachten des Einfahrtverbotes/Parken ohne Anwohnerausweis**
- 675 Verwarnungen - Parken außerhalb gekennzeichneten Flächen**
- 275 Verwarnungen - Parken im eingeschränkten Halteverbot**
- 136 Verwarnungen - Parken auf dem Gehweg.**

Allein in der Kleinen Ulrichstraßen wurden im o. g. Zeitraum in der Zeit von 18.00 – 22.00 Uhr

404 Verwarnungen ausgesprochen. Ebenfalls die häufigsten Verstöße sind hier:

- 278 Verwarnungen – nicht Beachten des Einfahrtverbotes/Parken ohne Anwohnerausweis**
- 82 Verwarnungen – Parken auf dem Gehweg.**

Bezüglich der Durchsetzung des Einfahrverbotes ergab eine Nachfrage beim Polizeirevier Mitte, dass die Polizei hier im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv ist und der Sonderdienst die Kleine Ulrichstraße bestreift. Eine ständige Präsenz in diesem Bereich sei aber nicht möglich. Um den Zustand zu verbessern, wurde seitens der Polizei vorgeschlagen, zwischen Dachritzstraße und Bergstraße eine Fußgängerzone einzurichten. Der Bereich Domplatz/Ulrichstraße kann aber nicht als Fußgängerzone ausgewiesen werden, da in einer Fußgängerzone überhaupt kein Fahrzeugverkehr zugelassen werden darf.

Zu 2.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist das gesamte Domviertel als Einfahrbeschränkungszone entsprechend Verkehrskonzeption Altstadt ausgewiesen, mit der Ausnahme der Zu- und Abfahrt zur Tiefgarage im Händelhaus-Karreé vom Hallorenring her.

Damit stehen rechtlich nur den Einfahrberechtigten (Bewohner und Gewerbetreibende, Liefer- und Notverkehre) die vorhandenen Stellplätze im Gebiet zur Verfügung. Dabei handelt es sich um 225 Stellplätze im öffentlichen Verkehrsraum.

Es wird davon ausgegangen, dass auch in der Praxis ein Großteil dieser Stellplätze durch die o. g. Einfahrberechtigten belegt ist. Eine aktuelle Erfassung wird dazu während der Nachtstunden noch in diesem Jahr durch die Stadtverwaltung durchgeführt.

Das in der Anfrage angesprochene Problem besteht in der Missachtung der angeordneten Verkehrsregeln. Zur Durchsetzung dieser Regeln sind auch künftig Kontrollen von Polizei und Stadtverwaltung nötig.

Darüber hinaus sollten die vorhandenen Möglichkeiten zum Parken für Nichtbewohner des Gebietes (z. B. Tiefgarage Händelhaus-Karreé) stärker auch von den Kneipen-Wirten angeboten und ggf. durch spezielle Angebote gefördert werden. Eine Verlängerung der Einfahrmöglichkeit in die Tiefgarage sollte auch zwischen den Kneipen-Wirten und dem Tiefgaragen-Betreiber verhandelt werden.

gez. Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Mündliche Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erinnerte, die Verwaltung habe zugesagt, in diesem Monat zur Garagenthematik eine Information vorzulegen. Wann werde dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, zu dieser Thematik sei ein mehrseitiges Papier an die Mitglieder des Stadtrates im Zusammenhang mit Unterlagen zu dieser Sitzung versandt worden.

Herr **Dr. Meerheim**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, nahm Bezug auf eine Anfrage im Finanzausschuss (Welcome-Card), zu der im Hauptausschuss eine Beantwortung bis zur heutigen Tagung zugesagt worden sei.

Seitens der Verwaltung wurde erklärt, dass eine Antwort über die Geschäftsführer der Fraktionen zugegangen sei.

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, machte aufmerksam, dass vor mehreren Wochen im Bereich Querfurter Straße/Wernigeröder Straße Gehwegplatten entfernt worden seien. Seitens der Stadtverwaltung sei damals die Auskunft erteilt worden, dass alles wieder hergerichtet würde.

Sie frage, ob absehbar sei, dass die Gehwege erneuert würden und ob künftig die Arbeiten nicht so koordiniert werden könnten, dass die alten Platten erst dann entfernt werden, wenn im Anschluss die neuen eingebaut werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine Antwort der Verwaltung zu.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, kam auf eine von ihm gestellte schriftliche Anfrage in der Augusttagung zur Vergabe von 1-€-Jobs im Bereich der Bekämpfung von Graffiti-Schmierereien zu sprechen. Diese Anfrage sei seinerzeit beantwortet worden bis auf einen Punkt, nämlich der Frage, in welcher Weise das „Netzwerk gegen illegale Graffiti“ der Stadt Halle in den Entscheidungsprozess eingebunden worden sei. Er bitte um nachträgliche schriftliche Beantwortung dieses Punktes.

Seitens der Tagungsleitung wurde eine Beantwortung zugesagt.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, fragte, warum Herr D. Pohlack nicht anwesend sei. Er bitte, künftig zu Beginn der Tagung die mögliche Abwesenheit von Beigeordneten zu erklären.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** entschuldigte sich für das Versäumnis; Herr Dr. Pohlack habe eine Woche Urlaub.

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, stellte in Bezug auf den Saale-Radwanderweg fest, dass dieser auf bestimmten Strecken im Saalkreis katastrophal sei. Dies sei ihm in vielen Befragungen von Radwanderern bestätigt worden. Er fragte, was man tun könne, um auf den Saalkreis Einfluss zu nehmen, diesen viel befahrenen Weg zu verbessern.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** schlug vor, sich in einem Schreiben an den Saalkreis zu wenden und zu begründen, wie wichtig dieses Projekt für die gesamte Region sei. Es sollte gebeten werden, darzulegen, wie die entsprechenden Strecken des Radwanderweges in Ordnung gebracht werden sollen.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 10 **Mitteilungen**

zu 10.1 **Haushaltsplan für das Jahr 2006 der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii**

Vorlage: IV/2005/05293

Der Stadtrat nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Herr **Bartl**, Vorsitzender des Stadtrates, informierte zum Stand der Überprüfung von Stadträtinnen und Stadträte auf hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR.

Von 56 Mitgliedern des Stadtrates hätten 40 Mitglieder einen Antrag auf Überprüfung gestellt. Bisher seien 37 Rückmeldungen eingegangen; es habe keine Hinweise auf hauptamtliche bzw. informelle Tätigkeit gegeben.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte sich zur Vorbereitung des Neujahrsempfanges 2006. Es sei die Frage aufgekommen, ob es angesichts der Haushaltslage nicht angemessen wäre, den Neujahrsempfang mit dem Hinweis auf die am 23. Februar 2006 stattfindende Eröffnungsveranstaltung für das Festjahr zum Stadtjubiläum ausfallen zu lassen. Sie bitte um Meinungen aus Sicht des Stadtrates.

Nach Meinungsäußerungen einzelner Stadträte ergab eine Abstimmung, dass sich der Stadtrat mehrheitlich für die Durchführung eines Neujahrsempfanges ausspricht.

Es wurde der Hinweis gegeben, dafür Sorge zu tragen, dass die Tontechnik während der Ansprachen zum Empfang eine problemlose Übertragung in alle Etagen ermöglicht.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** wies auf die Tagung „Bedeutung der naturwissenschaftlichen Bildung für die Zukunft der Gesellschaft“, die am 2. und 3. November im Audimax der Universität stattfindet, hin.

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

zu 11 Anträge auf Akteneinsicht

Wortprotokoll:

Anträge lagen nicht vor.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 15. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Kraft
Protokollführerin